

sechs Regionen als Mitglieder hätte, alle Bürger der Welt hätten repräsentativ Partizipationsmöglichkeiten.

Globale Probleme, die alle Menschen betreffen, ließen sich so besser lösen. Bei Kriegsgefahren könnten besser legitimierte Maßnahmen der UN unter Beteiligung aller Staaten erfolgen, die ungleiche Verteilung der Militärbudgets könnte berücksichtigt werden.

Ressourcenmangel, unregulierte Finanzmärkte, auch Klimaveränderungen verweisen auf die sozialen Menschenrechte. Soziale Ungleichheit in globaler Dimension betrifft selbstredend alle Menschen, nur in gegensätzlicher Weise. Das Sozialprodukt pro Kopf beträgt in den USA 42.000 US-Dollar, in China 1.800, in Indien und den meisten Staaten Afrikas weniger als 1.000. Ökologische Gefährdung in globaler Dimension betrifft alle Menschen, nur wird sie in ungleichem Maße

verursacht. Der jährliche CO₂-Ausstoß in den USA beträgt 21, in China vier Tonnen pro Kopf, in Subsahara-Afrika haben zwei Drittel der Menschen keinen Zugang zu elektrischer Energie. Universale Menschenrechte erfordern es, wirtschaftliche Leistung und ökologische Gefährdung den einzelnen Menschen zuzurechnen und nicht Staaten, unabhängig von ihrer Einwohnerzahl.

Eine legitimierte und nachhaltige Weltordnung kann eine global regulierte Wirtschaft, globale Sozialstaatlichkeit und globale Umweltstaatlichkeit hervorbringen.

Dazu bedarf es neuer Institutionen bei repräsentativer Partizipation aller Bürger. Ein zweiter UN-Sicherheitsrat wäre sinnvoll. Er hätte die Aufgabe, globale sozial-ökonomische Regeln zu beschließen, auch solche zur globalen Verteilung von Ressourcen, zum globalen Finanzausgleich, zur globalen Entwicklungspolitik.

Michael Müller

Nachhaltige Weltklimaordnung

Vier tiefe Krisen – eine große Chance

Derzeit erleben wir das Zusammentreffen von gleich vier großen Krisen. Die Lage erscheint dramatisch. Doch paradoxerweise erwachsen gerade daraus auch Chancen für die Konstruktion einer Neuen Weltordnung. Die Ökologie muss dabei im Zentrum stehen.

Die Welt rutscht in die tiefste Wirtschaftskrise seit der großen Depression von 1929. Die gewaltigen Spekulationsblasen, die von der Finanzindustrie in den letzten Jahren aufgepumpt wurden, sind mit einem lauten Knall geplatzt. Wie in einem Dominospiel fallen immer weitere Steine um, die Weltwirtschaft taumelt gleich einem schwer angeschlagenen Boxer. Die Folgen sind noch längst nicht absehbar. In unserem Land zeichnet sich ein tiefer Einbruch im Wirtschaftswachstum ab, der tiefste überhaupt



Michael Müller

(* 1948) MdB, ist seit 2005
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit.

michael.mueller@bundestag.de

in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Arbeitslosigkeit wird gewaltig ansteigen und die Verschuldung schon im nächsten

Jahr ein Rekordniveau erreichen. Die Verunsicherung in der Bevölkerung kann explosiv werden. Uns schütteln schlimme Anfälle eines Pessimismus. Er ist berechtigt. Dennoch wäre pure Schwarzmalerei fehl am Platz, nur ein Teil des Bildes unserer Zeit. Unter der Oberfläche erleben wir nämlich auch den Übergang von einer Wirtschaftsperiode in eine andere, die vor allem von ökologischen Herausforderungen geprägt sein wird.

Die wichtigste Erkenntnis ist: Wir müssen uns kurzfristiger Sichtweisen entledigen. Gerade das Regime der kurzen Frist, das mit dem Finanzkapitalismus verbunden ist, hat in das Desaster geführt. Dagegen hat jede erfolgreiche Politik ihre Quelle in der Zukunft. Sie fragt, was wir in den nächsten Jahren zu erwarten haben. Was unsere Kinder bekommen werden, wenn wir heute nicht handeln. Die Lage ist dramatischer, aber auch chancenreicher, als dies die meisten Menschen wahrhaben wollen. Erstmals in der Geschichte der modernen Gesellschaft erleben wir das Zusammentreffen von vier großen Krisen: Neben dem Kollaps auf den Finanzmärkten mit dem Einbruch der Weltwirtschaft die schon bald nicht mehr aufhaltsame Katastrophe des globalen Klimawandels, massive Verteilungskonflikte bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen sowie zunehmende Engpässe in der Ernährung. Diese Konflikte verschärfen sich durch das anhaltend hohe Bevölkerungswachstum von rund 75 Millionen Menschen pro Jahr und durch die nachholende Industrialisierung vor allem großer Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien. Damit droht schon aus der puren Quantität dieser bevölkerungsreichen Erdregionen eine neue Qualität der Naturzerstörung zu entstehen. Die Folgen dieser alltäglichen Angriffe auf die Zukunft treffen zuerst die ärmsten Länder der Erde, aber in der zusammenwachsenden Welt bleiben sie nicht auf sie beschränkt. Die Welt wird zu einer zerbrechlichen Einheit, in der gemeinsames Han-

deln die Überlebensfrage ist. Und die ökologischen Konflikte – so unterschiedlich sie auch sind – verstärken sich noch gegenseitig. Der Klima-GAU trifft die ärmsten Regionen, insbesondere Afrika droht auszutrocknen. Die ökologische Selbstzerstörung wird denkbar, doch weit vorher drohen Ressourcenkriege um Öl oder Wasser. Auch die Länder des Nordens können sich den Folgen nicht entziehen. Schon heute stellen Umweltflüchtlinge den größten Anteil an der globalen Migration.

Wir stehen an einem Punkt der Entscheidung, aber wirkliche Lösungen werden erst möglich, wenn die Probleme nicht länger isoliert, sondern miteinander verbunden gesehen werden. Und sie können in einer gemeinsamen Lösungsstrategie verknüpft werden. Anders gesagt: Große Herausforderungen erfordern auch große Antworten, also die Bewältigung der Finanzkrise mit der ökologischen Modernisierung zu verbinden. Auf der einen Seite reicht Krisenmanagement allein nicht aus, um zu neuer und dauerhafter Stabilität zu kommen. Auf der anderen Seite bleibt beim Klimaschutz der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln bestehen, wenn daraus keine breit angelegte Strategie der Innovationen und Erneuerung wird.

Ein Gestaltungsfenster öffnet sich

Wir wissen seit mehr als 20 Jahren, dass sich das Treibhaus Erde aufheizt. Der gemeinsame Aufruf der Deutschen Physikalischen und Deutschen Meteorologischen Gesellschaft von 1987 stellte schon die Warnungen auf, die heute vom Weltklimarat eindeutig bestätigt sind. Damals sah die Wissenschaft noch die Chance, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, heute wird es schwer werden, die 2 Grad als globale Obergrenze zu erreichen. Das wäre in nur zwei Jahrhunderten

ein Drittel der Klimaschwankung, die sich sonst über Zehntausende Jahre vollzieht. Diese Erwärmung wird in einzelnen Regionen deutlich höher ausfallen. Für die lateinamerikanischen Anden, wo in den letzten 17 Jahren schon fast ein Viertel der Eismassen verschwunden sind, hätte sie zur Folge, dass über 60 % der Gletscher verschwunden wären. Heute werden aus diesen Zonen fast 100 Millionen Menschen mit Wasser und Energie versorgt. Dennoch kommen die Schutzmaßnahmen nur langsam voran, zumal der Klimawandel die Eigenschaft hat, dass rund 40 bis 50 Jahre vergehen, bevor sich die Anreicherung der Treibhausgase im Klimageschehen auswirkt. Bisher ist alles zu langsam, um diesen Prozess zu stoppen. Doch jetzt öffnet ausgerechnet die Finanzkrise ein Fenster, das zu einer Wende führen kann, wenn es für eine sozialökologische Gestaltung genutzt wird.

Noch ist nichts entschieden. Im Gegenteil: Starke Interessen und alte Denkweisen fordern schon ein »Moratorium« für den noch gar nicht richtig begonnenen Umbau, für sie ist die ökologische Modernisierung nach wie vor ein Standortrisiko. Dennoch: Aktuell fallen fünf Entwicklungen bzw. Ereignisse zeitlich zusammen, die eine Verständigung auf eine gemeinsame Strategie möglich machen:

Erstens: Ende des Jahres findet in Kopenhagen die UN-Folgekonferenz zum Klimaschutz (Post-2012) statt, auf der alle Regierungen Farbe bekennen müssen, ob sie die alarmierenden Ergebnisse des Weltklimarates, denen sie 2007 zugestimmt haben, auch wirklich ernst nehmen.

Zweitens: Die globale Krise erfordert weltweit eine Stärkung der Realwirtschaft. Kein Bereich bietet sich dafür besser an als Investitionen in Umwelt- und Energietechniken und Innovationen für eine ökologische Infrastruktur.

Drittens: In den USA weht durch Präsident Barak Obama ein frischer Wind. Amerika gibt die Rolle des Bremsers auf.

Mehr noch: Washington will zu einem Motor für mehr Klimaschutz werden.

Viertens: Die Europäische Union hat konkrete Beschlüsse für ein integriertes Klima- und Energiepaket gefasst. Deutschland nimmt dabei mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen um 40 % bis zum Jahr 2020 zu reduzieren, eine Vorreiterrolle ein.

Fünftens: Klimawandel und *Peak-Oil*, also der Höhepunkt in der Förderung des wichtigsten Energieträgers Erdöl, kommen zusammen. In vielen Regionen erleben wir

auch *Peak-Water*. Diese Nutzungs- und Verteilungskonflikte erhöhen den Druck auf Klimaschutz und Energiewende.

Die UN-Verhandlungen für ein neues Klimaschutzabkommen sind in die entscheidende Phase getreten. Sie sollen im Dezember 2009 auf der UN-Konferenz in Kopenhagen mit konkreten Vereinbarungen über die Minderung von Treibhausgasemissionen abgeschlossen werden. Ab Juni wird der konkrete Text für ein Zukunftsabkommen verhandelt. Bisher gibt es keine großen Durchbrüche, die Entwicklungsländer haben ihre abwartenden Positionen eher zementiert. Allerdings hat sich die Gesprächsatmosphäre grundlegend verbessert, weil die USA seit dem Regierungswechsel als konstruktiver Verhandlungspartner unter der Leitung von Außenministerin Hillary Clinton dabei sind. Viele bisherige Bremserländer wie Japan, Kanada und Australien, aber auch Schwellenländer wie China und Indien können sich nicht mehr hinter dem breiten Rücken der USA verstecken. China ist bereit zum Klimaschutz, zumal das Land durch Wassermangel und Gesundheitsschäden stark gebeutelt ist. Auch Südafrika hat im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern ehrgeizige Minderungsziele.

Große Ziele – kleine Schritte

Die Leitlinie ist eindeutig definiert. Der Klimawandel ist eine große Menschheitsherausforderung, zumal sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse seit dem vierten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change von 2007 weiter verschlechtert haben. In den USA steht der Klimaschutz ganz oben auf der Prioritätenliste der Außenpolitik, national soll bis Ende 2009 ein System des Emissionshandels eingerichtet sein. Washington propagiert eine grüne industrielle Revolution als Weg in ein »nachhaltiges Wachstum« und unterstützt das Ziel, die Entwicklungsländer fi-

nanzial beim Klimaschutz zu fördern. Der politische Ansatz der USA unterscheidet sich aber in wichtigen Punkten noch von dem der Europäischen Union. Er hält das europäische Minderungsziel von minus 25 bis 40 % für die Industrieländer für unrealistisch und sogar für nicht notwendig. Washington will nur eine Festlegung für das Jahr 2050. Tatsächlich reicht das von den USA angebotene Ziel, bis 2020 wieder auf das Niveau der Treibhausgase von 1990 zu kommen, für die nächsten zwei Jahrzehnte, in denen sich die Frage entscheidet, ob die kritische Grenze überschritten wird, nicht aus. Das 2 Grad Celsius-Ziel wird so verfehlt, eine Einigung nicht erreicht. Und in Europa würde es die Kräfte stärken, die – wie Italien oder Polen – das von der EU beschlossene Minderungsziel nicht wollen. Auch die Schwellenländer stünden unter einem geringeren Druck, Zugeständnisse bei Minderungszielen zu machen.

Zwar sind die USA zu Finanzbeiträgen für Anpassungsmaßnahmen gegen den Klimawandel bereit, aber sie legen den Schwerpunkt auf bilaterale Technologieabkommen, um die eigene Wirtschaft zu stärken. Automatische internationale Finanzierungsinstrumente, gegen die Amerika traditionell Bedenken hat, erscheinen bisher kaum durchsetzbar. Aus Sicht der EU sind sie jedoch unerlässlich für ein neues UN-Abkommen.

Das heißt: Der Weg der Verhandlungen ist noch immer steinig, nationale Interessen überwiegen. Das aber heißt: Die Klimaverhandlungen müssen in einen größeren Zusammenhang gestellt werden. Sie sind die Chance für einen globalen New Deal, der die ökologische Modernisierung zum Motor für eine neue Weltwirtschaft macht. Dafür muss die EU bei den Regierungen der G20-Staaten werben – im Interesse des Klimas genauso wie im Interesse der Weltwirtschaft. Das ist die Chance, die der Klimawandel für eine neue Weltordnung eröffnet. Er ist genauso dringlich wie die Neuordnung der Finanzmärkte.